

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

15.07.2017 /19.20-19.50 Uhr
16.07.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Wie umgehen mit Nordkorea und China? Japan auf der Suche nach geeigneter Sicherheitsstrategie
- Atomwaffen-Verbotsvertrag – Historische Weichenstellung oder Schritt in die falsche Richtung? Interview mit Dr. Ulrich Kühn, Carnegie Endowment for International Peace
- Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit? Zwischenbilanz der deutschen Rüstungsexportpolitik

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf die Themen:

- Wie umgehen mit Nordkorea und China? Japan auf der Suche nach einer geeigneten Sicherheitsstrategie
- Atomwaffen-Verbotsvertrag – Historische Weichenstellung oder Schritt in die falsche Richtung? Hierzu ein Interview. Und:
- Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit? Zwischenbilanz der deutschen Rüstungsexportpolitik

In Asien gibt es eine Vielzahl von internationalen Konflikten. Beispiele sind u.a. der Inselstreit im südchinesischen Meer, aber auch Nordkorea. In der vergangenen Woche testete das Regime in Pjöngjang allen Warnungen zum Trotz eine Langstrecken-Rakete. Anschließend war von einem „historischen Durchbruch“ die Rede. In der Tat: Experten sagen, die getestete Rakete könne auch

Alaska erreichen – und damit das Territorium der USA. Das aber wollte Washington bisher immer verhindern.

Bedroht fühlt sich aber auch Japan. Die Regierung in Tokio steht zudem wegen des Inselstreits im chinesischen Meer mit Peking im Konflikt. Wie soll Japan auf diese neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen reagieren? Darüber diskutierten kürzlich renommierte Experten auf einer Tagung der Freien Universität Berlin. Katrin Erdmann war dabei:

Manuskript Kathrin Erdmann

Seit fünf Jahren führt Shinzo Abe die Regierungsgeschäfte in Japan. Der Premier hat das Land weiter nach rechts rücken lassen, nationalistische Kräfte haben die Oberhand. Das zeigt sich auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. Japan will international eine stärkere Rolle spielen, auch weil es sich zunehmend unter Druck fühlt, sagt Richard Samuels, Direktor für internationale Studien am Massachusetts Institute of Technology im Gespräch mit NDR Info:

O-Ton Samuels (overvoice)

„Die Japaner sehen, dass sich die Machtverhältnisse in der Region verschoben haben. Dass China inzwischen stark genug ist, den USA die Kontrolle in der Luft und zu Wasser in der Nähe der eigenen Küste zu verwehren. Dass die USA zwar weiterhin Schutzmacht sind, aber nicht mehr alle Versprechen werden halten können.“

Wie in vielen anderen Ländern auch, gibt es seit der Wahl von Donald Trump zudem eine große Verunsicherung in Japan, sagt Samuels:

O-Ton Samuels (overvoice)

„Ich denke, jeder US-Verbündete ist seit Trump über die Bündnistreue verunsichert. Japan ist da keine Ausnahme. Selbst Angela Merkel selbst hat das ja auf den Punkt gebracht. Und ich denke, sie hat Recht.“

Seit den 1960er Jahren gibt es zwischen Japan und den USA eine Sicherheitspartnerschaft. Amerika hat quasi die Rolle als Schutzmacht übernommen. Noch immer sind mehrere tausend US-Soldaten im Land stationiert, zwei Drittel davon auf der abgelegenen Insel Okinawa.

Die nordkoreanische Aufrüstung bereitet Tokio und Washington große Sorgen. Die USA wollen verhindern, dass das Regime in Pjöngjang mit weitreichenden Interkontinentalraketen das amerikanische Festland bedrohen kann. In der vergangenen Woche testete Nordkorea eine Rakete mit einer Reichweite von mehr als 5.000 Kilometern. Experten gehen davon aus, dass der Flugkörper Alaska erreichen könnte. Allerdings ist Nordkorea technisch noch nicht in der Lage, die Raketen mit einem nuklearen Sprengkopf zu bestücken. Die Regierung in Washington, aber auch in Tokio, ist besorgt. Japan liegt allerdings schon jetzt in der Reichweite nordkoreanischer Raketen. Sie können innerhalb weniger Minuten japanisches Territorium erreichen. Japan verfügt inzwischen zwar über ein zweistufiges Raketenabwehrsystem. Doch es ist offenbar nicht in der Lage, im Ernstfall alle nordkoreanischen Geschosse abzufangen und zu zerstören.

Doch nicht nur die anhaltenden Drohgebärden Nordkoreas - die japanische Regierung hat bereits mehrere Notfallübungen im Falle eines Raketenangriffs durchführen lassen - sorgen für Unruhe. Auch das zunehmend aggressiv auftretende China sei ein Grund, sich neu zu orientieren und zu positionieren, sagt Junya Nishino, Professor für Politikwissenschaft an der Keio Universität in Tokio:

O-Ton Nishino (overvoice)

„Viele Japaner fühlen sich zunehmend von China bedroht. Leider. Und das hängt mit den Provokationen rund um die Senkaku-Inseln zusammen.“

Die Senkaku-Inseln, auf chinesisch Diayu, liegen im ostchinesischen Meer und sorgen seit langem für Streit. Völkerrechtlich gehören sie zu Japan, doch China beansprucht die unbewohnten Inseln trotzdem für sich. Immer wieder kreuzen chinesische Schiffe in der der fisch- und rohstoffreichen Region. Peking ließ bereits Inseln aufschütten und feuerte sogar einzelne Raketen ab.

Japan sieht sich also gleich mit mehreren sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert – und die Regierung in Tokio reagiert mit einer sich ständig anpassenden Sicherheitsstrategie, sagt Alexandra Sakaki von der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik:

O-Ton Sakaki

„Es gibt verschiedene Bereiche, in denen Japan aktiv wird. Die Allianz mit den USA ist ein ganz wichtiger Pfeiler in der Sicherheitspolitik. Japan erhöht auch seine Anstrengungen, die eigene Verteidigung sicherzustellen, durch etwas leicht gestiegene Militärausgaben beispielsweise. Und darüber hinaus versucht Japan auch, aktiver Beziehungen mit Staaten aufzubauen, die ähnliche Interessen haben.“

Naheliegender wäre da zunächst Südkorea. Als direkter Nachbar von Nordkorea fühlt sich Seoul inzwischen derart bedroht, dass es dem Aufbau des US-Raketenabwehrsystems Thaad zustimmte, obwohl das kleine Land damit zugleich erheblichen Ärger mit China provoziert hat. Die Sicherheitspolitiker in Japan und Südkorea seien sich zwar einig, dass man angesichts der nordkoreanischen Raketenbedrohung zusammenarbeiten müsse und werde – natürlich auch unter Mithilfe der USA.

O-Ton Sakaki

„Andererseits ist es aber auch so, dass Japan und Südkorea durchaus unterschiedliche Interessen verfolgen. Zum Beispiel sind die Südkoreaner sehr viel interessierter daran, auch einen Dialog mit dem Norden zu führen. Wir kennen das aus Deutschland, aus der deutschen Debatte, während man in Japan diese Bedrohungslage aus Nordkorea sieht und daher eher gewillt ist, eine sehr harte Position gegenüber Nordkorea einzunehmen.“

Sagt Andrea Sakaki. Ähnliche Interessen verfolgen auch Australien und Indien – Staaten, mit denen sich Japan seit einigen Jahren um eine engere Zusammenarbeit bemüht. 2014 schlossen Japan und Australien ein Wirtschaftsabkommen. Auch sicherheitspolitisch geht man aufeinander zu – allerdings in kleinen Schritten, betont Richard Samuels vom Massachusetts Institute of Technology:

O-Ton Samuels (overvoice)

„Australier und Japaner stehen noch ganz am Anfang ihrer Zusammenarbeit. Momentan geht es vor allem um gemeinsame Seemanöver. Auch oft gemeinsam mit den USA. Sicher kommt da irgendwann noch das ganze Paket einer gemeinsamen Verteidigung dazu, aber das ist noch nicht soweit. Bisher geht es vor allem um gemeinsame Übungen.“

Wie Japan wollen Australien und Indien gerüstet sein, falls die USA ihnen nicht mehr wie bisher zur Seite stehen. Auch mit Indien steht die Kooperation erst am Anfang.

Zugleich unterstreichen diese neuen Allianzen ein neues Selbstbewusstsein Japans. Auf den Weg gebracht wurde es unter anderem durch die Gründung eines Nationalen Sicherheitsrates 2013. Das Gremium soll sicherstellen, dass das Verteidigungs- und Außenministerium miteinander arbeiten - statt neben- oder gegeneinander. Das war sozusagen der Ausgangspunkt einer Wende in der japanischen Sicherheitspolitik, sagt Mayumi Fukushima vom Massachusetts Institute of Technology in Cambridge.

O-Ton Fukushima (overvoice)

„Die neue Politik besteht darin, das Land von früheren Verboten und Prinzipien zu befreien und sich selbst - ja man kann sagen – freier zu machen und gemeinsam mit seinen Verbündeten aktiv zur Stabilität und Friedenssicherung in Asien beizutragen.“

Allerdings müsse Regierungschef Shinzo Abe aufpassen, dass er seinen Einfluss nicht überschätzt, glaubt die Wissenschaftlerin – die diese Gefahr durchaus sieht. Ein Anzeichen sind dessen parallele Bemühungen zu Russland. Zwar hat sich Japan wegen der Annexion der Krim den UN-Sanktionen angeschlossen, allerdings nur halbherzig, sagt James Brown, Der Professor für Internationale Beziehungen an der Temple Universität in Tokio hat genau mitgezählt, wie oft Abe und Putin inzwischen zusammengekommen sind:

O-Ton Brown (overvoice)

„Die beiden haben sich bisher 17 Mal getroffen, dabei ging es um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Beginn einer Sicherheitspartnerschaft.“

Wie mit China belastet auch hier ein Inselstreit die Beziehungen. Japan hofft aber auch, dass Russland auf Nordkorea einwirken und zur Mäßigung der angespannten Bedrohungslage beitragen könnte. Da jedoch, so ist James Brown sicher, liegt Japans Regierungschef falsch:

O-Ton Brown (overvoice)

„Das ist natürlich ein heikler Punkt zwischen beiden Ländern. Sie haben versucht, darüber zu sprechen. Japan hofft, dass Russland Nordkorea zur Vernunft bringt. Aber Russland sieht das Problem völlig anders.“

Statt Nordkorea weiter zu isolieren und Druck aufzubauen, wie es Japan befürwortet, will Russland wieder die seit 2009 ausgesetzten Sechser-Gespräche

aufnehmen und könnte, so schätzt James Brown, das Land sogar als Atom-macht anerkennen. Japan als ein Unterstützer Russlands könnte dann theoretisch in die Defensive geraten. Praktisch, da ist sich James Brown sicher, wird es soweit nicht kommen. Japan kenne schließlich seine roten Linien und das heißt: Der wichtigste Verbündete bleiben die USA und diese Freundschaft wird Abe niemals aufs Spiel setzen.

* * *

Flocken

Soweit Kathrin Erdmann.

Nordkorea ist die jüngste Atommacht. Neben dem Regime in Pjöngjang verfügen zurzeit noch acht weitere Staaten über Atomwaffen: Die USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und China - außerdem Israel sowie Indien und Pakistan.

Die Sorge ist, dass weitere Staaten Nuklearwaffen anstreben. Vor diesem Hintergrund haben sich nach monatelangen Verhandlungen jetzt mehr als 100 Staaten auf einen Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen geeinigt. Danach dürfen Nuklearwaffen weder hergestellt noch gelagert oder weitergegeben werden – und erst recht ist natürlich ihr Einsatz verboten. In der vergangenen Woche stimmten 122 UN-Mitglieder für den Atomwaffen-Verbotsvertrag. Und es gibt keinen Zweifel, dass er schon bald in Kraft treten wird. Die Atommächte sowie die NATO-Staaten – mit Ausnahme der Niederlande – hatten die UN-Konferenz allerdings boykottiert.

Über die Vereinbarung habe ich mit dem Konfliktforscher Ulrich Kühn von der Denkfabrik Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden in Washington gesprochen. Er beschäftigt sich schon seit Jahren mit Fragen der Rüstungskontrolle und atomaren Abrüstung. Zunächst habe ich Ulrich Kühn gefragt, ob man von einem Durchbruch und einem historischen Abkommen sprechen kann:

Interview Andreas Flocken / Dr. Ulrich Kühn

Kühn: Ich würde schon sagen, dass dieses Abkommen historisch ist. Natürlich ist es jetzt momentan noch ein bisschen zu früh, um wirklich bewerten zu können, wohin dieser neue Vertrag führt. Also, wird er hauptsächlich eine positive Wirkung entfalten oder vielleicht auf längere Sicht doch – wie manche befürchten – eher eine negative? Da wäre ich momentan vorsichtig. Wir können darüber gerne im Weiteren diskutieren, aber zunächst einmal haben wir einen Vertrag, der erstmals komplett Atomwaffen verbietet, also einen Verbotsvertrag. Das ist etwas Neues. Und das würde ich durchaus als historisch bezeichnen.

Flocken: Ist die beschlossene Ächtung der Atomwaffen nicht auch ein Misstrauensvotum gegenüber den offiziellen Atommächten? Also gegenüber den USA, gegenüber Russland, gegenüber Frankreich, Großbritannien und China? Ein Misstrauensvotum, weil sie ihre Verpflichtungen gemäß dem Nichtverbreitungsvertrag von 1968 nicht eingehalten haben? Denn in diesem Vertrag, den manche auch Atomwaffensperrvertrag nennen, heißt es ja, dass die Atommächte ihr Nukleararsenal reduzieren müssen und für eine nukleare Abrüstung zu sorgen haben. Und nur deswegen haben ja damals die anderen, nicht-nuklearen Staaten eingewilligt. Insofern ist doch dieser neue Vertrag ein Misstrauensvotum gegenüber den offiziellen Atommächten?

Kühn: Absolut. Das würde ich so unterschreiben. Es ist ein Misstrauensvotum, es ist vor allem aber auch ein Ausdruck der Frustration. Sie haben es angesprochen: Der Nichtverbreitungsvertrag, oder auch Atomwaffensperrvertrag, ist aufgebaut auf einem zunächst erstmal recht einfachen Deal. Das heißt: Fünf Staaten werden international wahrgenommen und es wird bestätigt, dass sie Atomwaffen haben und dass sie die Atomwaffen auch haben dürfen. Das waren damals die Sowjetunion, heute Russland, die USA, Frankreich, Großbritannien und China. Diese Länder haben sich verpflichtet, dass sie diese Atomwaffen nicht weitergeben werden, dass sie gleichzeitig abrüsten wollen, dass sie letztlich auf das Ziel einer kompletten, weltweiten Abrüstung hinarbeiten. Und alle anderen, der Großteil der Staaten, die eben nicht über Atomwaffen verfügen, haben sich dazu verpflichtet, solche Waffen niemals anzustreben. Und

jetzt sagt natürlich die überwiegende Mehrheit dieser Staaten: wir haben versucht uns daran zu halten und zum Großteil hat dieser Vertrag auch funktioniert. Es hat ein paar Ausreißer gegeben – Nordkorea sowie Indien und Pakistan, die den Vertrag nie unterschrieben haben, sind inzwischen Nuklearmächte geworden. Der Iran wurde, ich sag mal, auf der Zielgeraden quasi noch abgefangen. Aber letztlich, wenn es dann um das Ziel der Abrüstung geht, was ist da eigentlich passiert? Wir haben heutzutage noch über 16.000 Nuklearwaffen weltweit. Damit kann man mehrfach die Welt vernichten. Und daher kommt die Frustration dieser Staaten.

Flocken: Die Atommächte waren ja an den Verhandlungen in New York nicht beteiligt. Sie haben diese Gespräche boykottiert. Aber wächst nicht durch diesen Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen nun auch der Druck auf die Atommächte, vor allem auf Russland und die USA, die ja nun die meisten Atomwaffen haben? Wächst nicht der Druck, endlich die Abrüstung der Atomwaffen voranzubringen?

Kühn: Das ist zumindest die Hoffnung der 122 Länder, die sich in New York getroffen haben, die jetzt dem Vertrag zugestimmt haben. Zunächst mal muss der Vertrag erstmal von mindestens 50 Ländern ratifiziert werden, damit er in Kraft tritt. Aber ich denke, das wird relativ schnell geschehen. Und dann ist eben die Hoffnung, dass der öffentlich Druck steigt auf diese Staaten, die Waffen abzuschaffen. Und da bin ich doch sehr skeptisch. Denn was ist denn mit Ländern, in denen die demokratische Teilhabe schwach oder gar nicht gegeben ist? Also beispielsweise Nordkorea, Russland, China oder Pakistan. Was ist mit Ländern, die nie über diese Waffen diskutieren, wie beispielsweise Israel? Oder beispielsweise Länder, die sie als Symbol nationaler Stärke und Unabhängigkeit sehen, eben wie Frankreich und auch Russland. Da bin ich sehr skeptisch, ob ein solcher Vertrag wirklich den entsprechenden Druck aufbauen kann. Wir werden in den nächsten Jahren sehen, ob da wirklich etwas passiert.

Flocken: Aber erstmal müsste der Druck doch auf die USA und auch auf Russland ausgeübt werden. Denn diese Staaten verfügen ja über 90 Prozent der Sprengköpfe. Also in erster Linie sind natürlich diese beiden Mächte gefragt.

Kühn: Das ist richtig. Sowohl Russland als auch die USA verfügen geschätzt jeweils über 7.000 Nuklearsprengköpfe. Nur, man muss dazu sagen, auch hier kommt jetzt wieder das Problem der demokratischen Teilhabe ins Spiel. Wir haben im Vorfeld dieser Verhandlungen von New York über mehrere Jahre gesehen, dass die Befürworter dieses Verbotsvertrags einen massiven Druck auf die USA ausgeübt haben. Und die USA haben gleichzeitig zurückgeschossen, haben diese Verhandlungen torpediert, haben auch gesagt, dass sie damit nicht einverstanden sind usw. Das Problem ist nur, wie übt man denn jetzt Druck auf Länder aus, die eben nicht über diese entsprechende demokratische Teilhabe verfügen? D.h., geschlossene Systeme wie Russland. Glauben denn die Befürworter dieses Vertrages wirklich, dass es den Großteil der russischen Bevölkerung juckt und dass sie wirklich daran interessiert sind, hier Einfluss auf das Regime Putin zu nehmen? Da bin ich doch sehr skeptisch. Und das muss man eben auch an den Befürwortern dieses Vertrages kritisieren. Der Druck, der auf die USA oder auch auf die NATO-Staaten ausgeübt wurde, war unverhältnismäßig groß im Vergleich zu anderen Staaten wie China oder Russland. Die wurden während des Prozesses wirklich nur am Rande kritisiert.

Flocken: Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen, genauso wie chemische und biologische Waffen. Chemiewaffen und biologische Waffen sind allerdings vertraglich verboten worden - mit Zustimmung der Großmächte. Da wäre doch streng genommen ein Verbot von Atomwaffen nur folgerichtig - denn dann wäre eine Lücke geschlossen. Denn auch Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen.

Kühn: Na ja, wenn man das Ganze von der moralischen Sichtweise aus betrachtet, absolut. Da würde ich Ihnen auch zustimmen. Wenn man genau jetzt auch vom völkerrechtlichen Standpunkt herangeht und sagt, dass Waffen eben zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten unterscheiden müssen, dass sie kein übermäßiges exzessives Leiden verursachen dürfen, dass sie keine massiven Schäden auf die Umwelt ausüben dürfen usw. Dann ist das alles richtig. Das Problem ist nur, aus militärisch politischer Sichtweise ziehen sehr viele Länder, wie beispielsweise die USA und Russland, einen massiven Vorteil

daraus, dass sie Nuklearmächte sind. Und der Punkt, dass es möglich war, Chemiewaffen und biologische Waffen durch Verbotsverträge zu bannen, liegt eher darin, dass sie militärisch bei weitem nicht so einsetzbar sind und nicht eine solche militärische Wirkung entfalten, wie das Nuklearwaffen können.

Flocken: Inzwischen findet eine Modernisierung der Atomwaffen statt. Atomsprenköpfe werden verkleinert. Einige Experten sagen, Atomwaffen, die bisher Kriegsverhütungswaffen sind, könnten sogar Kriegsführungswaffen werden. Die Rede ist auch von einer sogenannten Konventionalisierung von Nuklearwaffen. Dann wären ja auch diese Atomwaffen durchaus einsetzbar.

Kühn: Das ist leider so. Man muss sagen, das ist ein Trend. Das ist ein Trend, der in den USA begonnen hat und jüngst hat hier ein wissenschaftlicher Beirat zum Pentagon, zum US-Verteidigungsministerium, darüber eine Studie ausgearbeitet. Und darin heißt es eben genau, dass das US-Militär auf solche kleinen nutzbaren Atomsprenköpfe zurückgreifen müsste, damit man eben die Abschreckung, oder evtl. eben auch den Verlauf eines nuklearen Krieges besser managen könnte. Das ist natürlich totaler Wahnsinn, wenn man sich das überlegt. Denn letztlich - machen wir uns nichts vor - sobald es zum Einsatz von Nuklearwaffen kommt, ist es doch sehr fragwürdig, dass man diese Kettenwirkung vor allem zwischen hochgerüsteten Ländern, wie die USA und Russland, dass man die wirklich noch unterbrechen könnte. Und ich glaube, dass dieser Trend sehr sehr bedenklich ist. Aber ja, wir haben diesen Trend. Die anderen Länder reagieren darauf, auch Russland, wahrscheinlich auch China. Wir sehen es auch in Pakistan, wo gesagt wird, dass man viel stärker über sogenannte Battlefield Nuclear Weapons, also über im Kriegsverlauf im Kleinen einsetzbare Waffen nachdenken müsste. Das ist alles eine sehr sehr bedenkliche Entwicklung.

Flocken: Zeigt das nicht, wie notwendig es ist, dass man gerade auch die Atomwaffen, gerade wenn sie verkleinert werden und damit einsetzbarer werden könnten, dass es notwendig ist, gerade diese Waffen ebenfalls zu verbieten?

Kühn: Das stimmt. Und damit sind wir genau bei dem Punkt, um den es sowohl den Befürwortern dieses Vertrages geht, aber auf der anderen Seite eben auch den Kritikern dieses Vertrages. Die Kritiker dieses Vertrages sagen, dass dieser Vertrag völlig ignoriert, dass bestimmte Länder unter einem so starken Sicherheitsdruck stehen, dass für sie die nukleare Abschreckung notwendig ist, und dass eben die Befürworter dieses Vertrages das einfach ignorieren, und sich eine Art paradiesischen Zustand herbeiwünschen. Wiederum die Befürworter dieses Vertrages sagen, man kann dieser Falle, diesem Teufelskreislauf, aus nuklearer Abschreckung, Gefühl von Unsicherheit, mehr nukleare Waffen, mehr nukleare Abschreckung, dem kann man eben nur entkommen, wenn man das Problem an der Wurzel anpackt. Und das heißt, man muss Nuklearwaffen komplett verbieten und abschaffen.

Flocken: Deutschland und andere NATO-Staaten, mit Ausnahme der Niederlande, haben sich ja an den Verhandlungen in New York gar nicht erst beteiligt. Dabei setzt ja gerade auch die Bundesregierung sehr stark auf Abrüstung. War es vor diesem Hintergrund nicht ein Fehler, sich an den Verhandlungen in New York nicht zu beteiligen?

Kühn: Ja. Die Bundesregierung hat dafür sehr viel Kritik einstecken müssen. Aus der Zivilgesellschaft, aber auch beispielsweise aus den Universitäten, auch von Think Tanks. Ich persönlich denke, es war ein Fehler. Machen wir uns doch nichts vor: wenn man nunmal bei Verhandlungen nicht am Tisch sitzt, dann kann man eben auch nichts beitragen. Wer sagt denn, dass die Bundesregierung nach New York hätte fahren müssen und dann zum Schluss sagt: na ja, wir sind mit dem Vertrag zwar nicht einverstanden, aber jetzt haben wir teilgenommen, jetzt müssen wir auch unterschreiben. Das ist ja alles Quatsch. Meine Meinung ist: Man hätte hinfahren sollen, man hätte gute Argumente vorbringen können, man hätte versuchen können, den Vertrag zu verbessern - dort, wo er jetzt auch Lücken aufweist. Und wenn man zum Schluss dann trotzdem der Meinung ist, dass es nicht das Richtige ist, dann stimmt man halt nicht zu. Aber zumindest hat man es versucht. Und man hätte eben auch das ganze Verfahren ernst genommen.

Flocken: Kritiker sagen ja nun, dass durch den Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen der Nichtverbreitungsvertrag oder Atomwaffensperrvertrag von 1968 geschwächt wird. Sehen Sie das auch so?

Kühn: Ich sehe zumindest die Gefahr, dass das eintreten könnte. Die Befürworter des Vertrages haben dieses Argument ernst genommen und haben in dem Vertrag klar gemacht, dass der Vertrag auf dem Nichtverbreitungsvertrag aufbaut, dass die Zeichner dieses Vertrages Mitglieder des Nichtverbreitungsvertrags sein sollen, dass sie sich an die entsprechenden Verpflichtungen halten sollen usw. Ich sehe hier eher auf lange Sicht einen psychologischen Aspekt. Momentan herrscht in New York und bei den Befürwortern dieses Vertrages ein hohes Maß an Euphorie. Man freut sich über diesen Vertrag. Zunächst auch zu Recht. Die Frage ist nur, ob wir in den nächsten Jahren wirklich Ergebnisse sehen. Werden wir sehen, dass die Nuklearwaffenstaaten von diesem Vertrag beeindruckt sind? Werden sie neue Verhandlungen beginnen, um Nuklearwaffen abzurüsten? Ich persönlich glaube das nicht. Meiner Meinung nach wird dann die Frustration der Befürworter des jetzigen Vertrages noch um ein Vielfaches steigen. Und das könnte irgendwann negativ auf den Nichtverbreitungsvertrag durchschlagen.

Flocken: Was meinen Sie, welche Konsequenzen wird der Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen haben? Eben haben Sie angedeutet, dass er aus Ihrer Sicht erstmal gar keine Konsequenzen haben wird.

Kühn: Sagen wir mal so: Es gibt zumindest ein paar positive Möglichkeiten in den nächsten Jahren für die Zeichner dieses Vertrages, über den Vertrag hinaus zu gehen. Das heißt: Zunächst mal können diese Vertragsstaaten in Zukunft bilaterale Treffen mit Nuklearwaffen starten, aber auch internationale Konferenzen, wie beispielsweise die G20-Treffen, dazu nutzen, um auf die Rechtmäßigkeit des Vertrages hinzuweisen. Das ist neu und es erweitert auch den Rahmen internationaler Abrüstungsbestrebungen. Dann muss man auch nochmal festhalten, dass dieser Vertrag wirklich neuen Boden betritt. D.h., er bedeutet letztlich, dass ab jetzt alle Befürworter nuklearer Abschreckung, also beispielsweise auch Organisationen wie die NATO, nun auf der falschen Seite

des internationalen Rechts stehen. Und des Weiteren gibt es noch die Langzeithoffnung, dass eben durch die Etablierung einer neuen Norm, dass Nuklearwaffen rechtswidrig sind, letztlich Abrüstungspolitiken gestärkt werden und Nuklearwaffen auch delegitimiert werden. Das sind die Hoffnungen. Ich will das nicht ausschließen. Ich sehe aber auch die internationalen Trends. Und die gehen leider in vielen Regionen dieser Welt, beispielsweise in Südostasien, Nordkorea, in ganz andere Richtungen.

Flocken: Kurzfristig werden ja die Atommächte auf ihre Nuklearwaffen nicht verzichten wollen. Aber wird nicht langfristig durch diesen Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen die nukleare Abschreckung generell infrage gestellt? Auch durch die öffentliche Meinung?

Kühn: Das ist eben genau die Hoffnung. Und ich denke, dass hier durchaus die Möglichkeit besteht, sogar noch etwas mehr zu tun. Die Vertragsstaaten könnten zum Beispiel versuchen, eine Zusatzverfügung zur Satzung des Internationalen Strafgerichtshofs zu erreichen. Nämlich, dass der Einsatz von Nuklearwaffen ein Kriegsverbrechen ist, aufgrund der Nichtunterscheidbarkeit beim Einsatz dieser Waffen und aufgrund des übermäßigen Leids, das Nuklearwaffen nunmal anrichten. Das ist genau der Punkt. Das heißt: Man muss versuchen, diese Waffen, und auch die Politik, die diese Waffen eben bedingen, zu stigmatisieren, soweit wie möglich auf international rechtlicher Basis. Das Problem dabei ist nur, dass wir seit ein paar Jahren einen gegenteiligen Trend sehen. Nämlich eine sehr deutliche Schwächung des internationalen Rechts. Und das sehen wir ja jetzt nicht nur im Bereich von Nuklearwaffen. Das sehen wir, wenn es um Folter geht, wenn es um den Einsatz von Drohnen geht, wenn es um die Souveränität staatlichen Territoriums geht, usw. Die USA haben sich jüngst erst dazu entschlossen, nicht mehr an dem Pariser Klimaabkommen teilzunehmen. Das sind alles Trends, die in genau die entgegengesetzte Richtung zeigen, nämlich die Aufweichung von Normen, das Verschwinden von internationalem Recht. Und daher ist es eben fraglich, ob dieser Vertrag letztlich eine Langzeitwirkung entfalten kann.

* * *

Flocken

Der Konfliktforscher Ulrich Kühn von der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden in Washington zum Vertrag über das Verbot von Atomwaffen. Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte. Dort finden Sie auch eine Langfassung des Interviews mit Ulrich Kühn.

In dieser Woche wurde bekannt, dass die Bundesregierung weitere umfangreiche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien abschließend genehmigt hat. Dabei hatte doch vor allem Sigmar Gabriel in seiner Zeit als Wirtschaftsminister immer wieder betont, dass Deutschland bei Rüstungsgütern eine restriktive Exportpolitik betreibe. Doch ist die Bundesregierung diesem Anspruch in der zu Ende gehenden Legislatur-Periode auch gerecht geworden? Jerry Sommer zieht eine Zwischenbilanz der deutschen Rüstungsexportpolitik:

Manuskript Jerry Sommer

Kriegswaffen dürfen nach Artikel 26 des Grundgesetzes nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Bundesregierung hergestellt und verbreitet werden. Jeder Rüstungsexport muss deshalb von dem geheim tagenden Bundessicherheitsrat ausdrücklich erlaubt werden. Dem Gremium gehören neun Bundesminister an. Der 2013 zwischen SPD und CDU/CSU geschlossene Koalitionsvertrag betont, dass die internationale Stabilität durch eine „zurückhaltende Rüstungsexportpolitik“ gefördert werden sollte. Auch versprach die Große Koalition mehr Transparenz in Sachen Rüstungsexporte. Insbesondere Sigmar Gabriel kritisierte wiederholt die Vorgängerregierung. Zum Beispiel als Wirtschaftsminister in einer Rede 2014:

O-Ton Gabriel

„Auch insofern war die laxe Rüstungskontrollpolitik der vergangenen Jahre ein Fehler.“

Im Jahre 2000 hatte die damalige rot-grüne Koalition politische Grundsätze für den Rüstungsexport erlassen. Diese sind immer noch gültig und wurden in der Koalitionsvereinbarung vor vier Jahren bekräftigt. Entsprechend diesen Grundsätzen müssen bei der Genehmigung von Rüstungsexporten unter anderem

die Menschenrechtslage im Importland sowie die Auswirkungen auf Stabilität und Frieden in der entsprechenden Region beachtet werden. Auf ähnliche Kriterien haben sich auch die EU-Staaten verständigt. Für deutsche Rüstungsexporte dürfen wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Erwägungen nicht ausschlaggebend sein. Exporte in sogenannte Drittstaaten, also Länder, die weder der NATO noch der EU angehören, sind nur bei besonderen außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands erlaubt. Allerdings: der Entscheidungsspielraum des Bundessicherheitsrates ist außerordentlich groß, sagt Max Mutschler vom Internationalen Konversionszentrum BICC in Bonn:

O-Ton Mutschler

„Wir haben von Seiten der EU gemeinsame Kriterien und die Bundesregierung hat politische Grundsätze formuliert. Sie sind aber in der Tat sehr weit auslegbar, was auch dazu führt, dass wir innerhalb der EU keine einheitliche Rüstungsexportpolitik haben. Jede Regierung legt die für sich aus.“

Und ökonomische Erwägungen spielen dabei ohne Zweifel auch eine Rolle. Denn circa 60 Prozent aller Rüstungsgüter, die in Deutschland produziert werden, gehen ins Ausland, schätzt der Sicherheitsexperte Christian Mölling von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin:

O-Ton Mölling

„Es ist aus Sicht der Unternehmen ein ganz wesentlicher Aspekt, ob sie exportieren können oder nicht. Es ist deswegen auch für die Bundeswehr als Abnehmer ein wichtiger Aspekt, weil, wenn es den Export nicht gibt, würden die Produkte erheblich teurer werden.“

Inwieweit solche Erwägungen aber bei den bisherigen Rüstungsexportentscheidungen der Bundesregierung konkret eine Rolle gespielt haben, ist schwer einzuschätzen – obwohl die Große Koalition die Transparenz durchaus verbessert hat: So legt die Bundesregierung inzwischen nicht mehr wie früher nur einmal im Jahr einen Bericht über deutsche Rüstungsexporte vor – seit 2014 wird er zweimal im Jahr der Öffentlichkeit präsentiert. Auch wird mittlerweile der Wirtschaftsausschuss des Bundestages über Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates zeitnah informiert. Das ist aber nicht genug, sagt Simone Wisotzki von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung:

O-Ton Wisotzki

„Es gibt noch Luft nach oben, wenn man die Transparenz bewerten sollte, z. B. in Form einer politischen Begründungspflicht von Rüstungsexporten. Die Bundesregierung sollte gegenüber den Abgeordneten des Bundestages begründen müssen, warum sie entschieden hat, eine Rüstungsexportgenehmigung zu erteilen oder nicht.“

Bisher muss die Bundesregierung nämlich nicht öffentlich machen, welche Abwägungen und Gewichtungen sie bei Rüstungsexportentscheidungen getroffen hat. Eine weitere Änderung hat es beim Export von Kleinwaffen gegeben. Die Bundesregierung erteilt prinzipiell keine Genehmigungen mehr für Anlagen, mit denen Kleinwaffen im Ausland in Lizenz produziert werden. Auch müssen Empfängerländer Vor-Ort-Kontrollen durch deutsche Regierungsstellen zulassen. Damit soll die Weitergabe solcher Waffen verhindert werden. Doch eine Gewissheit über den Endverbleib wird es dadurch auch weiterhin nicht geben. Denn es wird nur Stichproben geben. Besonders umstrittenen sind die Kleinwaffenlieferungen an die irakisch-kurdischen Peschmerga. Diese erhalten seit 2014 für den Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat u.a. Sturmgewehre und Munition. Simone Wisotzki von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung hält dies für falsch:

O-Ton Wisotzki

„Das Problem ist, dass ein Teil dieser Waffen auf dem Schwarzmarkt gelandet ist. Das ist bei Kleinwaffen sehr oft der Fall. Man muss in dem Fall die Regionalregierung auch besonders beachten: Das ist eine Regionalregierung mit einer eigenen Agenda, die wollen einen kurdischen Staat gründen. Und sie haben bei der Eroberung von Territorien von dem IS arabisch-stämmige Bevölkerung vertrieben und auch wiederholt Menschenrechtsverletzungen begangen.“

Betrachtet man den Wert der Rüstungsexporte und Rüstungsexportgenehmigungen durch die Große Koalition, so ergibt sich ein gemischtes Bild: Die Ausfuhr von Kleinwaffen ist deutlich zurückgegangen. Allerdings ist sie 2016 und in den ersten Monaten dieses Jahres wieder angestiegen.

Die Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte hatten 2013 nach Angaben der Bundesregierung insgesamt einen Wert von 5,8 Milliarden Euro. Sie fielen im Folgejahr auf 3,9 Milliarden, stiegen dann aber 2015 sogar auf 7,9 Milliarden Euro an. Im vergangenen Jahr sind sie zwar auf 6,8 Milliarden Euro zurückgegangen. Sie haben damit aber trotzdem den zweithöchsten Wert in

der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. In Bezug auf den Wert der tatsächlich erfolgten Ausfuhr von Großwaffen ist Deutschland laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI im Fünfjahreszeitraum 2012 bis 2016 der weltweit fünftgrößte Waffenexporteur gewesen. Betrachtet man nur das Jahr 2016, so war Deutschland auf der Rangliste der Rüstungsexportländer laut SIPRI sogar auf Platz drei - obwohl die Bundesregierung immer wieder Zurückhaltung bei Rüstungsexporten versprach. Eine eindeutige Tendenz ist jedoch noch nicht festzustellen, meint Christian Mölling von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik:

O-Ton Mölling

„Insgesamt sehe ich bei den Exporten eher so ein rauf und runter, so dass man nicht sagen kann, da greift jetzt eine restriktivere Exportpolitik. Der Grad an Restriktionen mag sich rhetorisch verändert haben, aber es wirkt sich noch nicht auf die Zahlen aus.“

Auch hat die Große Koalition weiterhin Rüstungsexporte in Länder genehmigt, in denen die Menschenrechte verletzt werden und deren Politik die Stabilität der Region gefährden. Dazu gehören Algerien, Ägypten, die Türkei und vor allem arabische Feudalstaaten. Katar hat im vergangenen Jahr zum Beispiel Kampfpanzer und Panzerhaubitzen erhalten. Und an Saudi-Arabien ist die Ausfuhr von Patrouillenbooten und bewaffneten Hubschraubern sowie von Ersatzteilen für Kampfflugzeuge im Wert von 500 Millionen Euro genehmigt worden. Der Wert dieser Genehmigungen liegt damit zwar deutlich niedriger als in den Jahren zuvor, aber mit den politischen Grundsätzen und Kriterien, die die Bundesregierung anlegen müsste, sind diese Entscheidungen nicht vereinbar, sagt der Konfliktforscher Max Mutschler vom Bonner Internationalen Konversionszentrum BICC:

O-Ton Mutschler

„Gerade die Rüstungsexporte an Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition, die im Jemen Krieg führt, und wo wir auch Berichte über die Verletzung humanitären Völkerrechts haben, sind aus meiner Sicht schon ein ganz klarer Verstoß gegen diese Kriterien.“

Wie auch die deutschen Kirchen fordert Max Mutschler daher ein prinzipielles Verbot solcher Exporte nach Saudi-Arabien und den anderen am Jemen-Krieg beteiligten Ländern. Doch das wird von der Bundesregierung und auch von

Sigmar Gabriel abgelehnt. Der SPD-Politiker hat sich aber als Wirtschafts- und als Außenminister für ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz eingesetzt. Ein solches Gesetz wird allerdings von der CDU/CSU wie auch von der Rüstungsindustrie als wenig sinnvoll erachtet.

Ob es so ein Gesetz geben wird, und welche Auswirkungen es für die Rüstungsexporte haben würde – das hängt auch vom Ausgang der Bundestagswahl im September ab.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Soviel für heute in unserer Reihe Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.